

	Antrags-Nr.	
	0716-AT/2011	

Antrag

Frau Regina Müller (CDU-Stadtratsfraktion)
 Frau Christiane Winter (SPD-Stadtratsfraktion)
 Herr Peter Gottstein (BfE-Stadtratsfraktion)

Betreff
Gemeinsamer Antrag der CDU-, SPD- und BfE-Stadtratsfraktion - Auftrag an den Oberbürgermeister zum Erhalt des Arbeitsgerichtes Eisenach

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Haupt- und Finanzausschuss	Ö	07.09.2011	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	09.09.2011	

I. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach spricht sich gegen eine Schließung des Arbeitsgerichtes Eisenach aus. Mit der Schließung des Arbeitsgerichtes würde die gerichtliche Infrastruktur der Stadt Eisenach und des Wartburgkreises eine deutliche Schwächung erfahren.

Sollte dennoch die Schließung des Arbeitsgerichtes Eisenach unumgänglich sein fordern wir die durchaus vertretbare Alternative der Einrichtung einer Außenkammer. Aus diesem Anlass wird der Oberbürgermeister beauftragt, sich in Gesprächen mit der Landesregierung gegen die beabsichtigte Schließung des Arbeitsgerichtes Eisenach auszusprechen.

II. Begründung

Wie aus dem Referentenentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Arbeitsgerichtsgesetzes zu entnehmen ist, wird beabsichtigt, das Arbeitsgericht Eisenach bis zum Jahr 2014 zu schließen. Durch die Zusammenlegung mit dem Arbeitsgericht in Suhl zu es zu Kosteneinsparungen kommen. Dies bedeutet aber für die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Eisenach und des Wartburgkreises längere Anfahrtswege und damit verbundene eine Steigerung der Fahrt- und Nebenkosten. Die Errichtung einer Außenkammer wäre ein deutliches Signal für den Standort Eisenach nicht nur für die Bürger und Bürgerinnen sondern auch für die ansässigen Unternehmen.

Frau Regina Müller
 CDU-Stadtratsfraktion

Frau Christiane Winter
 SPD-Stadtratsfraktion

Herr Peter Gottstein
 BfE-Stadtratsfraktion